

Abstimmung vom 27. September

Was kirchliche Stimmen zur Neutralitätsinitiative sagen

Die EKS verzichtet auf eine Abstimmungsempfehlung, andere kirchliche Stimmen werden deutlicher. Eine Umschau zeigt, wie Reformierte, Evangelikale und kirchennahe Organisationen über Neutralität, Sanktionen und Frieden streiten.

von Jonas Gabrieli

7. September 2026



Zwei Freiwillige sind in Buochs, Nidwalden, unterwegs, um ein Plakat aufzustellen, das für ein Ja zur Neutralitätsinitiative wirbt.

(Bild: Urs Flüeler/ Keystone)

› Das Wichtigste in Kürze

Wer kann schon gegen Frieden sein? Überall sind aktuell Plakate zu sehen, die dieses Gefühl aufnehmen. «Kein Krieg», an Wänden, in Zügen, auf dem Smartphone, illustriert mit der Friedenstaube. Aber bedeuten Neutralität und die Abwesenheit von Krieg automatisch Frieden?

Zur Abstimmung vom 27. September 2026 hat sich auch die **Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz (EKS)** geäußert. Auf eine Empfehlung verzichtet sie, was angesichts der Debatte über politische Äusserungen der EKS nicht überrascht ([ref.ch berichtete](https://www.ref.ch/berichtete)). Trotzdem wird deutlich, dass der Rat einer enger gefassten Neutralität skeptisch gegenübersteht.

Kritischer Blick auf Sanktionsverbot

Frieden sei mehr als die Nichtbeteiligung an einem Krieg, schreibt der Rat. Neutralität könne zwar Vermittlung ermöglichen und Eskalationen verhindern, dürfe aber nicht zum Selbstzweck werden. Entscheidend sei, ob sie Gewalt begrenze, Menschen schütze und das Recht stärke.

Besonders kritisch blickt der Rat auf das von der Initiative angestrebte weitgehende Verbot von Sanktionen. Diese seien zwar nicht automatisch friedensfördernd, könnten aber ein Mittel sein, um auf schwere Rechtsverletzungen zu reagieren. «Ohne militärische Gewalt einzusetzen.»

«Moralische Reinheitsfantasie»

Manuel Schmid, Leiter des Bereichs Theologie und Ethik bei der EKS, ist von der Initiative nicht überzeugt, wie er in [einem Blogbeitrag](#) schreibt. «Neutralität verlangt keine moralische Gleichsetzung von Angreifern und Angegriffenen.» Auch Sanktionen könnten mit ihr vereinbar sein. Schmid warnt davor, Neutralität zur «moralischen Reinheitsfantasie»

werden zu lassen. Auch Nicht-Handeln habe Folgen:
«Neutralität erlöst uns nicht von Verantwortung.»

Die Parole «Kein Krieg» genüge nicht, wenn damit vor allem gemeint sei: kein Krieg für uns. «Ein christlich verantwortetes Friedensprogramm müsste weitergehen», schreibt Schmid. Die entscheidende Frage sei darum nicht, wie unberührbar neutral die Schweiz sein könne. «Sondern wofür sie ihre Neutralität braucht.»

Neutralität bedeute nicht Schweigen

Wie die EKS gibt auch das **Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (Heks)** keine Abstimmungsempfehlung ab. Für Direktorin Karolina Frischkopf ist jedoch entscheidend, wie Neutralität verstanden wird. In der humanitären Hilfe gehöre sie neben Menschlichkeit, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit zu den vier Grundprinzipien. Neutralität bedeute aber nicht Schweigen. «Wenn das humanitäre Völkerrecht verletzt wird, egal von wem, muss es verteidigt werden.»

Von einer solchen Haltung habe auch die Schweiz lange profitiert. Die humanitäre Tradition habe dem Land eine hohe Glaubwürdigkeit verschafft, die wiederum Hilfsorganisationen zugutegekommen sei. In den vergangenen Jahren hat Frischkopf im Ausland allerdings eine gewisse Ernüchterung festgestellt, «weil die Schweiz nicht mehr so häufig Position bezieht, wie es nötig wäre.» Das sei bedauerlich, gerade weil ein kleines Land wie die Schweiz besonders auf eine regelbasierte internationale Ordnung angewiesen sei.

Auch Pfarrer und Friedensaktivist **Johannes Bardill** lehnt die Initiative ab. Wenn Menschenrechte oder das Völkerrecht verletzt würden, müsse gerade die

Die Neutralitätsinitiative

Die Neutralität ist seit Gründung des Schweizer Bundesstaats 18 in der Verfassung verankert. Mit

Schweiz für die Erhaltung dieser zivilisatorischen Errungenschaften entstehen. «Zu schweigen, wenn Völkerrecht mit Füßen getreten wird, ist nicht neutral, sondern bestenfalls feige.» Er erinnert an die Haltung der Schweiz gegenüber dem Apartheidregime in Südafrika. «Das war kein Ruhmesblatt.»

Sanktionen seien allerdings ein Instrument, das präzise eingesetzt werden müsse, damit nicht vor allem die Zivilbevölkerung darunter leide. Internationale Haftbefehle gegen Kriegsverbrecher, aber auch Sanktionen im Finanzbereich oder beim Handel mit Luxusgütern könnten dagegen gezielt jene Bevölkerungsschichten treffen, die Einfluss auf eine Regierung hätten.

Auch die Delegierten der **EVP** empfehlen mit grosser Mehrheit ein Nein zur Initiative, heisst es auf der Website der Partei. Statt die bewährte Neutralität weiterzuführen, wolle die Initiative eine Aussenpolitik, die bei Unrecht wegsehe und sich an Konflikten bereichere. «Das ist nicht Neutralität, sondern unmoralische Ignoranz.»

Neutralitätsinitiative soll sie strikt definiert werden. Sie will in der Verfassung festschreiben, dass Neutralität immerwährend und bewaffnet ist. Die Schweiz soll keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis beitreten auch nicht mit einem solchen zusammenarbeiten. Ausser, wer das Land militärisch angegriffen oder ein solcher Angriff vorbereitet wird. Zudem soll sie sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten beteiligen und keine Sanktionen gegen kriegführende Staaten ergreifen. Ausgenommen wären Sanktionen der Vereinten Nationen (UNO) sowie Massnahmen, die verhindern, dass Sanktionen umgangen werden. Der Beschluss neuer UNO-Sanktionen bringt jedoch hohe Hürden mit sich, weil die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats (USA, Russland, China, Frankreich und Grossbritannien) ein Vetorecht besitzen. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Die bisherige Neutralitätspraxis habe sich bewährt, weil sie den nötigen Handlungsspielraum gewähre. (gab)

Befürworter: Entwickelt sich die Schweiz zur Kriegspartei?

Befürworter der Initiative sind im kirchlichen Spektrum rar gesät. Politisch sind sie am ehesten im konservativ-evangelikalen Bereich zu finden. Die **EDU** fasste an ihrer

Delegiertenversammlung die Ja-Parole ohne Gegenstimme.

Nationalrat Erich Vontobel, Mitglied einer **Freien Evangelischen Gemeinde (FEG)** und im Ja-Komitee aktiv, begründet seine Zustimmung damit, dass die Neutralität verbindlicher festgeschrieben werden müsse. Mit der Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland habe die Schweiz 2022 aus seiner Sicht eine «rote Linie» überschritten und ihre Unparteilichkeit gefährdet.

Während der Debatte im Nationalrat stellte Vontobel die Frage, ob die Schweiz ein glaubwürdiger Stabilitätsfaktor bleibe oder sich schleichend zur Kriegspartei entwickle.

Wirtschaftssanktionen gegenüber Kriegsparteien seien für ihn «nicht neutral», sondern «nichtmilitärische Zwangsmassnahmen». Wer solche Massnahmen einer Konfliktseite übernehme, müsse damit rechnen, von der anderen Seite nicht mehr als unparteiisch wahrgenommen zu werden.

Empörung als schlechte Ratgeberin

Ähnlich argumentiert der pensionierte reformierte Pfarrer **Peter Ruch** ([ref.ch berichtete](https://www.ref.ch/berichtete)), der zum Initiativkomitee gehört, im «Kirchenboten». Eine striktere Neutralität könne zwar «individuellen Gefühlen» zuwiderlaufen. «Etwa der Empörung über den russischen Angriff auf die Ukraine.» Aber die Empörung sei eine schlechte Ratgeberin. «Sie treibt Kriege an, bis sie völlig ausser Kontrolle geraten.»

Bruno Bader, Präsident von **église à venir**, zeigt Verständnis, dass viele Menschen in der Schweiz und anderswo um den Frieden besorgt sind. «Meiner Einschätzung nach lässt dies zahlreiche Personen die Initiative unterstützen.» Den Ja-Stimmenden unlautere, weil eigennützige, Beweggründe zu unterstellen hält er zu für zu kurz gegriffen.

Vielmehr halte er es für sinnvoll und angebracht, dass der EKS-Rat auf eine Abstimmungsempfehlung verzichtet habe. «Wie in

den allermeisten Fällen lässt sich eine politische Frage aus christlicher Sicht nicht mit einem einfachen 'Ja' oder 'Nein' beantworten.»

Allerdings, sagt Bader, frage er sich, inwieweit das politische Anliegen dem Ziel diene: «Theologisch bedeutet Frieden mehr als «Nicht-Krieg».» Es beschreibe einen Zustand des Rechts, der Gerechtigkeit und der Unversehrtheit. «Ob die Schweizer Neutralität dazu beitragen kann, muss jeder und jede für sich selbst entscheiden.»